



# *Schritt*macher

Zeitung der DKP Berlin für die Charité- & Vivantes-Beschäftigten

*Juni 2018*



## Bürger und Beschäftigte für mehr Personal

➤ **Gesundheit geht alle an – nicht nur die dort Beschäftigten. Dies macht sich auch in der breiten Unterstützung der Pflegekräfte mit ihrer Forderung nach mehr Personal deutlich.**

Nicht nur in Berlin gibt es ein Bürgerkomitee, auch in Hamburg ist das »Hamburger Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus« aktiv und hat mit einer Volksinitiative die erste Stufe auf dem Weg zum Volksentscheid mit in drei Wochen gesammelten fast 30.000 Unterschriften geschafft.

### **Worum geht es?**

Nach Schätzungen von ver.di fehlen in Hamburg rund 4.200 Pflegekräfte. SPD und Grüne lehnen die Volksinitiative als kontraproduktiv ab, eine Verbesserung der Personallage in den Kliniken sei nur auf Bundesebene zu machen.

Dabei gibt es in Hamburg Personalvorgaben für einzelne Bereiche und im Saarland eine politische Initiative zu einer gesetzlichen Personalbemessung im Landeskrankenhausesgesetz – mit Unterstützung der Landesregierung, die bereits in erster Lesung verabschiedet wurde.

### **Woher das Geld kommen soll?**

Nun, wenn Hamburg und die anderen Länder ihrer gesetzlichen Pflicht zu Zahlung der Investitionskosten nachkämen, könnte das vorher abgezackte Geld in mehr Personal investiert werden. Und wenn man verhindern würde, dass mit Krankenhäusern private Konzerne Profit machen: Der Asklepios-Konzern z.B. hat im vergangenen Jahr in Hamburg rund 80 Millionen Euro Gewinn gemacht. Zudem plant die Bundesregierung, die Rüstungsausgaben nahezu zu verdoppeln, auf zwei Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung (BIP). So wurde es

➔ **Fortsetzung auf Seite 2**



### **Akademisierung statt Ausbildung?**

Mehr qualifizierte Pflegefachleute braucht die Charité. Soweit – so wahr. Doch ist ein Pflege-Bachelor die Lösung? Diesen neuen Studiengang will die Charité ab dem Sommersemester 2020 für vorerst 60 Studierende einrichten, damit die künftigen Pflegefachleute die immer anspruchsvolleren Aufgaben in der Pflege erfüllen können und die Qualität in der Pflege höher wird. Ein Schelm, der an Heuchelei denkt, denn ein Bachelor of Science in Pflege vermag wohl Pflegepraxis auf wissenschaftliche Erkenntnisse stützen, doch gewiss beseitigt er nicht den anhaltenden Pflegenotstand und erhöht auch nicht die Qualität in der Pflege. Denn die Ausbildung der Pflegekräfte ist in der Regel gut. Allein, es mangelt an ihnen. Um das zu ändern, müssen die Arbeitsbedingungen sofort enorm verbessert und die Löhne deutlich angehoben werden.

## „Brain Drain“ geht weiter

Kaum jemand bestreitet noch den dramatischen Fachkräftemangel, der bereits seit Jahren in vielen Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen in Deutschland herrscht. Auch die Berliner Charité kann sich davon nicht ausnehmen. Eine der inzwischen gängigen Gegenmaßnahmen ist die Rekrutierung von Gesundheitspersonal aus dem Ausland. Während in den vergangenen Jahren Pflegekräfte vor allem aus Polen, Rumänien und Bulgarien angeworben wurden, was der gesundheitlichen Versorgung in diesen Ländern ernste Probleme bereitet, wirbt die Charité nun Gesundheitspersonal aus Albanien und Mexiko an. In beiden Ländern herrscht bislang zwar kein Mangel an Pflegepersonal, aber auch hier gilt: Diese meist ärmeren Länder tragen die Ausbildungskosten, die sich die reiche Bundesrepublik durch den Brain Drain spart. Bereits seit einiger Zeit bilden Länder wie z. B. die Philippinen oder auch Indonesien Gesundheitspersonal über dem eigenen Bedarf aus, um die Nachfrage anderer Länder bedienen zu können. Dabei haben die Herrschenden dieser Länder vor allem die Überweisungen der Arbeitsmigranten an ihre Familien in der Heimat im Blick. Auch in Blick zu nehmen ist von uns jedoch, welche Auswirkungen dieser Brain Drain auf die gesundheitliche Versorgung der Herkunftsländer des angeworbenen Gesundheitspersonals hat. Geht das Gesundheitspersonal, fehlen Vorbilder, denn vor allem Pflegekräfte haben in Ländern des Südens einen wichtigen Einfluss auf die Gesundheit der ärmeren Bevölkerung. Und auch die Bevölkerung der Herkunftsländer hat ein Recht auf Gesundheit.

### » Fortsetzung von Seite 1

in der NATO vereinbart. Das sind mindestens weitere 30 Milliarden Euro, die im zivilen Bereich fehlen, so u. a. auch in Krankenhäusern. Daher sagt die DKP: „Pflege statt Panzer“ und unterstützt bundesweit die Initiative „Abrüsten statt Aufrüsten“ durch Unterschriftensammeln. Jeder ist aufgerufen, sich zu beteiligen.

### Wie weiter in Hamburg?

Die Initiative ist zuversichtlich, auch die zweite Stufe - 60.000 Unterschriften innerhalb von drei Wochen - zu schaffen. Das passt nicht jedem, der Gegendruck wird stärker. Hamburgs Gesundheitsbehörde fährt schwere Geschütze gegen das »Hamburger Bündnis auf. Die Leitung der von Cornelia Prüfer-Storcks (SPD) geführten Behörde hat den Dienstcomputer ihres Mitarbeiters Axel Hopfmann durchsuchen, seine E-Mails lesen und Nutzungsdaten auswerten lassen – und hat ihn anschließend abgemahnt. Angeblich habe er im Dienst private Angelegenheiten für das Bündnis erledigt. Was diesen unglaublichen Vorgang der Behörde besonders pikant macht: Hopfmann ist einer der Sprecher des Bündnisses und Personalrat.

### Und auf Bundesebene?

Ist von der GKV, die von der Bundesregierung beauftragt ist, ein vernünftiger Vorschlag zu Personalzahlen zu erwarten? Nein, das Hauptinteresse der GKV ist es, die Krankenhauskosten so gering wie möglich zu halten. Und die - in der ebenfalls beauftragten - DKG mächtigen Krankenhauskonzerne handeln ausschließlich nach unternehmerischen Gesichtspunkten. Profitinteressen diktieren die Personaluntergrenzen. Nötig ist aber eine Personalbemessung, die sich allein am tatsächlichen Bedarf der Patienten orientiert und eine menschenwürdige Pflege möglich macht – das liegt aber quer zur Logik des Kapitalismus und wird nur durch breite Bündnisse und harte Auseinandersetzungen durchgesetzt werden können.

## GRUPPENTERMINE DER DKP-BERLIN

JETZT AKTIV WERDEN.  
WIR FREUEN UNS AUF DICH.

### FRIEDRICHSHAIN-KREUZBERG

*Termin:* Jeder zweite und vierte Dienstag im Monat  
*Beginn:* 19.30 Uhr  
*Ort:* ND-Haus, Franz-Mehring-Platz 1, Friedrichshain, Raum 551  
Kontakt: info@dkp-fhkb.de

### LICHTENBERG/MARZAHN /HELLERSDORF

*Termin:* Jeder erste und dritte Donnerstag im Monat  
*Beginn:* 19.00 Uhr  
*Ort:* ND-Haus, Franz-Mehring-Platz 1, Friedrichshain, Raum 551

### PANKOW

*Termin:* Jeder zweite und vierte Montag im Monat  
*Beginn:* 19.00 Uhr  
*Ort:* Schachcafé "En Passant", Schönhauser Allee 58

### NEUKÖLLN

*Termin:* Jeder erste und dritte Donnerstag im Monat  
*Beginn:* 18.30 Uhr  
*Ort:* Chile Freundschaftsgesellschaft, Jonasstraße 29, Neukölln

### TEMPELHOF-SCHÖNEBERG

*Termin:* Jeder zweite und vierte Donnerstag im Monat  
*Beginn:* 19.00 Uhr  
*Ort:* Café „Harmonie“, Leuthener Straße / Ecke Cheruskerstraße

### TREPTOW-KÖPENICK

*Termin:* Jeder erste Donnerstag im Monat  
*Beginn:* 18.00 Uhr  
*Ort:* Der Veranstaltungsort wird auf Anfrage mitgeteilt:  
treptow-koepenick@dkp-berlin.info

### WEDDING

*Termin:* Jeder zweite und vierte Mittwoch im Monat  
*Beginn:* 19.00 Uhr  
*Ort:* Grüntalerstraße 13, 13357 Berlin

### BETRIEBSAKTIV GESUNDHEIT

*Termin:* Jeder dritte Mittwoch im Monat  
*Beginn:* 18.30 Uhr  
*Ort:* ND-Haus, Franz-Mehring-Platz 1, Friedrichshain, Raum 551





# VIVANTES: Profit statt Tarifvertrag

✚ **Der größte kommunale Krankenhauskonzern in der Bundesrepublik und drittgrößte „Arbeitgeber“ in Berlin erwirtschaftete 2017 ein Plus von 21,4 Millionen Euro. Wenn man 6,2 Millionen Euro Sondereffekte abzieht, gibt es 2017 eine Steigerung von rund 2 Millionen gegenüber 2016. Seit 2004 schreibt die Vivantes-GmbH durchgehend schwarze Zahlen.**

Also Zahlen zum Freuen für die Beschäftigten der Vivantes-Service-GmbH (VSG), die seit zwei Jahren um die Rückkehr zur Mutter und einen Tarifvertrag kämpfen? Mitnichten! Da Zusagen aus dem Koalitionsvertrag, Tochter-GmbHen wieder einzugliedern, nicht eingehalten werden und es auf die Tarifforderungen keine Reaktion gibt, ruft ver.di seit dem 11. April die rund 300 Mitarbeiter der VSG täglich zum Streik auf – an allen neun Standorten des zu hundert Prozent im Eigentum des Landes Berlin befindlichen Konzerns. Statt zu verhandeln, drohte man nun ver.di im Klinikum Spandau mit Hausverbot und Polizei.

Die Streikenden machten deutlich: Man kann ihren Streik nicht aussitzen. Sie haben keine Lust mehr, die gleiche Arbeit wie rund 600 KollegInnen, die direkt bei Vivantes angestellt sind, zu deutlich schlechteren Konditionen zu machen. Der Gehaltsunterschied beträgt bis zu 800 Euro netto im Monat. Zudem erhalten sie weniger Urlaub als ihre Kollegen – statt bis zu 36 Tagen

nur maximal 28 Tage, weniger Zuschläge und keine Altersvorsorge. Alles eine Folge der Ausgründung unter der damaligen rot-roten Landesregierung, die Personalkosten sparen wollte.

## Wo geht das Geld hin?

Die Investitionen bei Vivantes sind von 68 Millionen im Jahr 2016 auf 82 Millionen Euro 2017 gestiegen. Rund zwei Drittel der investierten Gelder (55 Mio. Euro) kommen aus Eigenmitteln des Unternehmens. Da das Land Berlin die Investitionskosten nur unzulänglich zahlt, dürfte dieses Geld aus dem Budget sein, was die Kassen für den laufenden Betrieb, also insbesondere auch die Personalkosten, zahlen - Investitionen zu Lasten des Personals also.

Für den neuesten Neubau in Neukölln sind 160 Millionen Euro veranschlagt worden, wovon das Land Berlin 115 Millionen übernehmen will. Die kompletten Bauarbeiten, die etwa 15 Jahre dauern sollen, wurden bisher mit 600 Millionen Euro angegeben. Sowohl die fehlende Ausfinanzierung durch den Senat als auch die Baukostensteigerungen werden wahrscheinlich wieder zu Lasten der Beschäftigten gehen.

Das muss ein Ende haben! Krankenhäuser sind dazu da, Menschen zu heilen - und nicht dazu, Profit abzuwerfen. Beschäftigte im Gesundheitswesen brauchen bessere Arbeitsbedingungen und der Senat sollte seine Blockadehaltung in den Tarifverhandlungen aufgeben und aufhören, die Belegschaft zu spalten.

## Sommerfest

### KITAPLÄTZE STATT KRIEGSEINSÄTZE

Sommerfest der DKP Berlin  
"Kitaplätze statt Kriegseinsätze - Abrüsten statt Aufrüsten"

Die DKP Berlin lädt Euch zusammen mit dem Jugendverband SDAJ ganz herzlich zu ihrem diesjährigen Sommerfest

am Sonnabend,  
den **30. JUNI**  
von 13.00 bis 22.00  
Uhr in der  
**OSSIETZKYSTRASSE**  
in Berlin **PANKOW**  
ein.

Unter dem Motto „Kitaplätze statt Kriegseinsätze – Abrüsten statt Aufrüsten“ wollen wir unser Fest dem Frieden und daher dem Schwerpunkt Antimilitarisierung widmen. Außerdem wird es Gesprächs- und Diskussionsrunden zu den zunehmenden Privatisierungsprozessen im Bereich Bildung und Gesundheit geben. Geplant sind weiter eine Lesebühne, Kunstausstellungen und ein vielfältiges Kinderprogramm. Für die musikalische Unterhaltung sorgen verschieden Musikgruppen, Liedermacher und weitere Kulturschaffende, mit dabei sind:

- LAUTARO VALDÉS  
- OKTOBERROT  
- THE BALKONIANS  
- PICHY PROYECTO SON  
BATEY  
(U.V.M.)

## UZ-PRESSEFEST 2018

*Das Fest der Solidarität und des Friedens!*

Es ist wieder so weit: Die Kommunistinnen und Kommunisten laden ein zum 20. UZ-Pressfest! Es findet vom 7. bis 9. September 2018 in Dortmund (Revierpark Wischlingen) statt.

Künstler erleben, die sich nicht den Profitinteressen der Kulturindustrie unterwerfen.

Ein Zeichen gegen Faschismus und Krieg setzen. Refugees welcome – kein Zutritt für Rassisten!

Die Kraft der internationalen Solidarität erleben, wenn Freunde aus der ganzen Welt zusammenkommen.

Ein Festival der linken Kultur. Hier steht das solidarische Handeln im Mittelpunkt und nicht Resignation.

Eintritt frei! Getränke und Essenspreise, die sich auch Geringverdiener leisten können.

### **Es kommen:**

- Konstantin Wecker
- Esther Bejarano & Microphone Mafia
  - Calum Baird
  - Kai Degenhardt
- Klaus der Geiger
- Erich Schaffner
- Jane Zahn u.v.m

*Darüber hinaus gibt es: Klezmer, Punk, Liedermacher, Rumbia, Ska, Theater, Lesungen, Kinderfest, Flohmarkt, Diskussionen, Ausstellungen, Grafiken von Dieter Süberkrüp, Internationale Spezialitäten*



### **Kontakt & Impressum:**

Deutsche Kommunistische Partei  
Landesorganisation Berlin  
Franz-Mehring-Platz 1  
10243 Berlin

**Tel.:** 030.29783132

**Mail:** info@dkp-berlin.info

**Web:** www.dkp-berlin.info

V.i.S.d.P.: R. Perschewski,  
Franz-Mehring-Platz 1, Berlin

# Betriebsrat .

## DGB-Gewerkschaften mit positiver Bilanz

**„Eine der demokratischsten Wahlen sind bis Mai dieses Jahres in den Betrieben Deutschlands durchgeführt worden: Die Wahl von etwa 180.000 Betriebsräten. Im Gegensatz zu Parlamentswahlen ist der Kreis der Wahlberechtigten breiter gefasst. In den Betrieben geht es nicht nach Staatsbürgerschaft, sondern nach Betriebszugehörigkeit. Einfacher gesagt: Gehört man zum Betrieb, besteht Wahlrecht. Trotz ihrer beschränkten Eingriffsrechte in die Geschichte des Betriebes, können sich Betriebsräte in die Abläufe und insbesondere zugunsten von Arbeitsbedingungen und damit im Interesse der Werk-tätigen einmischen. Wirkungsvoll wird es, wenn die Mandatsträger es verstehen, ihren Belangen auch gesellschaftspolitisch gehör zu verschaffen und mit den Gewerkschaften durchzusetzen.“**

Allen Versuchen seitens der Unternehmen zum Trotz, den Einfluss der Gewerkschaften einzuschränken, und allem „Gewerkschaftsbashing“ von interessierten Kreisen in den sozialen Medien, ist etwas mehr als zwei Drittel der Betriebsräte Mitglied einer Mitgliedsgewerkschaft des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Sie bilden die Basis des Einflusses der Gewerkschaften in Deutschland und finden in den Betrieben weiterhin Anerkennung.

In den bürgerlichen Medien finden diese Wahlen nur selten einen Platz in der Berichterstattung. Anders war es in diesem Jahr auch nur deswegen, weil es seit den Wahlerfolgen der AfD einen verstärkten Rechtstrend in Deutschland gibt. Inzwischen bildet die AfD eine neurechte Organisation mit einem faschistischen Flügel. AfD, Pegida, Compact und viele alte und neue Nazi-Akteure witterten Morgenluft, ihren Einfluss in den Betrieben ausbauen und das ihrer Meinung nach „sozialistische Establishment“ angreifen zu können. Gemeint sind hier nicht etwa linke Gruppen, sondern die DGB-Mitgliedsgewerkschaften.

So neu ist das Gebaren dieser „neuen“ Rechten nicht. Mit bekannter sozialer Demagogie wird gegen die Gewerkschaften Front gemacht und versucht, auch in den Betrieben Fuß zu fassen. Die Auswertungen der Wahlen stehen noch aus, es zeichnet sich aber jetzt schon ab, dass die DGB Gewerkschaften gesamthaft aus den Betriebsratswahlen gestärkt, mindestens aber nicht geschwächt hervorgehen. Auch dort, wo rechte Listen aufgestellt wurden, konnten diese zwar Mandate hinzugewinnen, jedoch nicht zu lasten der DGB-Gewerkschaften. Für die neugewählten Betriebsräte kommt es in den nächsten vier Jahren darauf an, auch in ihren betrieblichen und gewerkschaftlichen Einfluss ein klares Profil für die Interessen der Werk-tätigen zu zeigen und durchzusetzen, um diesen rechten Angriffe etwas entgegenzusetzen.